

Bezugspreis:

Wochenschrift 20.-M., monatlich 10.-M., für ins Haus versandt halbjährlich 50.-M., jährlich 100.-M., einschließlich Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 16/0 M., für das übrige Ausland bei täglich einmaliger Zustellung 21/50 M. Postzustellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Schweden, Norwegen und die Schweiz. — Anzeigen in die Postzustellung.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Frei“ erscheint mehrmals täglich zweimal: Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 10. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die schiefgedruckten Kompositionen lauten: 1.-M., Teuerungszuschlag 50%, „Kleine Anzeigen“, das 100-gezeichnete Wort 1.-M. (zählend zwei gezeichnete Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg., Stellenangebote und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 1.-M., politische und gewerkschaftliche Zeitschriften-Anzeigen 2.-M. die Zeile ohne Zuschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gebühren von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Entlarvung der Spitzelzentrale.

Von der Pressestelle des Oberpräsidiums in Magdeburg geht uns folgende Meldung zu:

Langwierigen Bemühungen ist es gelungen, eine der Spitzelzentralen festzustellen, die durch gefälschte Berichte über angebliche linksradikale Kampfpäne seit langem die Öffentlichkeit beunruhigt. Umfangreiches Material, teils halbfertige, teils angefertigte Aufschlüsse und Aufschreibungen sind teilweise bei den Erfindern selbst, beschlagnahmt worden. Die Organisation erstreckt sich über ganz Deutschland und steht mit der Organisation Escherich in innigem Zusammenhang, mit der sie auch regelmäßig ihre „Berichtsnachrichten“ austauscht. Leiter der Spitzelzentrale in Magdeburg ist ein u. a. wegen Subtilität vielfach vorbestrafter Militärspion namens Altmann, der ebenso wie einzelne andere Spitzel mit amtlichen Militärausweisen versehen war.

Leiter der Spitzelzentrale in Berlin ist der Hauptmann Jansen von der früheren Zentrale für Einwohnerwehren in Berlin. Auch das Original der kürzlich von der „Magdeburgerischen Zeitung“ veröffentlichten Warnmeldung über die Sowjetrepublik in Magdeburg stammt aus dem Altmannschen Spitzelbureau und ist beschlagnahmt worden. Die Nachforschungen haben ergeben, daß sie frei erfunden ist und daß alle darin genannten, nicht in Magdeburg wohnenden Personen nicht existieren. Selbst die angegebenen Straßen und Hausnummern sind in den betreffenden Städten vielfach überhaupt nicht vorhanden. Auch dieser von Altmann mit eigener Hand geschriebene Aufschluß ist beschlagnahmt worden. Alle weiteren Maßnahmen zur Aufdeckung der gesamten Organisation sind getroffen. Näheres kann erst nach Abschluß der Ermittlungen und Sichtung des äußerst umfangreichen Materials bekanntgegeben werden.

Unter französischer Gewaltherrschaft.

Saarbrücken, 10. August. Der Streik im Saargebiet wird von den Franzosen, denen die Regierungskommission getreulich Hilfe leistet, agitatorisch im weitesten Maße ausgenutzt. Es wird von ihnen nichts unversucht gelassen, die ruhige und friedliche Bevölkerung des Saarlandes aufzureizen und zu Unbesonnenheiten hinzuleiten. Starke Truppensammlungen sind im ganzen Saargebiet erfolgt. Das ganze Saargebiet ist unter schärfste Kontrolle gestellt. Ganz besonders hat es das französische Militär auf die Feiern abgesehen. Die Saarbrücker Zeitung, Saarbrücker Landeszeitung, Volksstimme, Völklinger Nachrichten und wahrscheinlich auch noch viele andere Blätter in den übrigen Städten des Saargebietes sind auf vier Wochen verboten. Sämtliche leitende Beamten der Saarbrücker Zeitung sind verhaftet. Die Redakteure, soweit man ihrer habhaft werden konnte, ebenfalls. Redakteur Thomas wird vor ein Kriegsgericht gestellt. Haus und Wohnung des Redakteurs und Abgeordneten Dosselt sind beschlagnahmt. Präsident Kautz hat in Maueranschlägen und Proklamationen sich die französische Behauptung zu eigen gemacht, daß die Bevölkerung von alldemischen Agitatoren verführt und aufgehetzt worden sei. Infolge des Streiks steigt die Teuerung immer mehr. Die Franzosen behaupten, die Wünsche der Beamten wären längst erfüllt, wenn sie sich nicht mit den rechtsrheinischen Soldaten eingelassen hätten. Heute mittags soll, wie bestimmt verlautet, der Generalkrieg der gesamten Bergarbeiterchaft einsetzen. Ebenso geht das Gerücht, die gesamte Eisenbahnerchaft des besetzten Gebietes werde heute mittags in einen Streik eintreten, doch wurde auf telephonischen Ruf im besetzten Gebiet erklärt, daß dieses Gerücht der Begründung entbehre. Nach verschiedenen Meldungen aus dem besetzten Gebiet ist dort die Zensur über Post, Telephon und Telegraphie wieder allgemein eingeführt.

Vor dem Zusammenbruch.

Danzig, 9. August. Die polnische Regierung hat den gesamten privaten Fernsprech- und Telegrammverkehr mit Polen unterbunden.

Aus der Nachricht geht nicht hervor, ob es sich nur um den Verkehr mit dem polnischen Korridor handelt, doch ist das anzunehmen. Der polnische Heeresbericht gibt nämlich zu, daß Mława und Biesanow von den Bolschewisten besetzt werden. Damit ist die Eisenbahnlinie Warschau-Danzig, die den Hauptgüterverkehr Polen-Entente zu bedeuten hätte, für Polen verloren und die für Deutschland im Augenblick brennendste Frage, ob die russische Heeresleitung den polnischen Korridor als Operationsgebiet ansieht, steht vor ihrer Lösung.

Im übrigen scheint der konzentrische Vormarsch auf Warschau wieder in Fluß zu kommen. Die Polen meiden bei Stedlitz Umgruppierungen ihrer Truppen und Durchbruchversuche der Russen im Raum von Prest-Bitow. Das heißt also, daß das westliche Wagereck endgültig in der Hand der Sowjettruppen ist und daß der russischen Stößen auch weiterhin kein auf die Dauer wirksamer Widerstand entgegenzusetzen werden kann. Einen letzten Gast könnte den polnischen Truppenkörper lediglich die Boichkellinie bieten, aber bei ihrer moralischen Auflösung dürfte auch diese Linie den Stoß auf Warschau nicht auffangen.

Judenterror im Horthylande.

Budapest, 10. August. (U.) Abgeordneter Labiskaus Budapest brachte gestern in der Nationalversammlung einen von fanatischer Gehässigkeit diktierten Antrag zur Lösung der Judenfrage ein. Der Antrag fordert Ausschließung von der Staatsbürgerchaft, Konfiskation der Vermögen aller seit 1914 eingewanderten Juden sowie aller derjenigen, die aus Kriegslieferungen oder aus der Kriegskonjunktur entstanden seien, Verbot jüdischer Schulen, Ausschließung der Juden von der Leitung von Unternehmungen, insbesondere von Banken und Zeitungen sowie von allen öffentlichen Stellen, wie Richteramt, Notariat und Professur. Den Juden werden alle politischen Rechte entzogen, die Juden dürfen keine öffentlichen Bediensteten zu persönlichen Dienstleistungen anstellen und dürfen selber nicht ausländische Unternehmungen in Ungarn vertreten. Sie dürfen Bodenbesitz weder kaufen noch pachten, und ihre Grundstücke sind nach im Laufe des Jahres 1920 dem Staat abzulösen. Der Antrag wurde, nachdem der Minister Stefan Szabo erklärt hatte, er sei in vielen Punkten mit dem Antrag nicht einverstanden, heute jedoch dafür, daß man ihn auf die Tagesordnung setzen solle, mit Stimmenmehrheit zur Behandlung angenommen. Dagegen stimmten nur 40 Abgeordnete, darunter Graf Szponnyi und Graf Andrássy.

Ein Sieg der englischen Labour-Party.

London, 10. August. (Telunion.) Die Labour-Party hat wiederum einen Parlamentssieg erobert, und zwar handelt es sich um den Sieg in dem Wahlkreis von Norfolk, wo der koalitionsliberale Abgeordnete mit 8224 Stimmen geschlagen wurde.

Aus dem russischen Heeresbericht geht hervor, daß nun auch in Galizien die polnische Armee gerührt ist. Die russischen Heereskräfte gehen über Brod und Larnopol auf Lemberg vor. Der Widerstand der Polen, der eine Zeitlang verhältnismäßig zäh war, hat an Kraft und Erfolg nachgelassen.

In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, daß Korfanti nach Warschau abgereist ist. Korfanti war bisher der polnische Abteilungsleiter für Oberschlesien, der die polnische Sache ebenso unbedingte wie energisch verfocht. Sollte er Oberschlesien für Polen verloren geben? Grund genug hätte er dazu. Denn die Stimmung ist in Oberschlesien seit einiger Zeit alles andere als polenfreundlich.

„Telegraph“ meldet aus Sibirie von angeblich gut unterrichteter Seite

die Ententshilfe für Polen

merde nach den Beschlüssen in — technischen Ratgebern, Munitionslieferungen und möglicherweise in einigen Maßnahmen zur See bestehen. Das heißt also auf gut Deutsch, es bleibt alles beim alten.

Im Unterhaus hat man die Regierung mit Anfragen über den Stand der russischen Frage überschüttet. Der Regierungsvortrater beschränkte sich darauf, zu versichern, es bestehe nicht die mindeste Gefahr, daß das Haus sich einem Kriege gegenübersehe, ohne daß zuvor genügend Gelegenheit zur Erörterung der Lage gegeben worden sei; Lloyd George werde am Dienstag selbst eine Erklärung abgeben. Auf die Frage, ob noch keine kriegerischen Maßnahmen getroffen worden seien, erwiderte der Regierungsvortrater ausweichend.

Rußlands Vorfriedensbedingungen.

Amsterdam, 10. August. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ erzählt, wenn Polen auf der Konferenz in Rinsk nicht im voraus den gestellten Vorfriedensbedingungen zustimme, so würden die Waffenstillstandsbedingungen sehr streng sein. Wenn es dagegen sich um Vorfriedensbedingungen unterwerfe, so würden die Waffenstillstandsbedingungen nicht hart sein. Die grundsätzlichen Bedingungen, welche Polen vorgelegt würden, seien folgende:

Das polnische Heer wird auf Friedensfuß gebracht. Polen nimmt kein Kriegsmaterial irgendwelcher Art von einer der Ententemächte an.

Die russische Regierung wird dafür ihr Versprechen, gütigere Grenzen als die durch den Obersten Rat festgelegten, erfüllen.

Weitere Bedingungen sind nach dem „Manchester Guardian“: freier Handelsverkehr durch Polen und eine Art Amnestie für politische Verbrecher.

Internationale Invalidenorganisation?

Wien, 9. August. Der Delegiertenkongress der Kriegsgeschädigten nahm eine Entschließung an, in der die Notwendigkeit einer internationalen Invaliden-Organisation betont wird, die zur endgültigen Besserstellung und zur Vermeidung künftiger Kriege beitragen würde. Der Vorstand wurde beauftragt, so schnell wie möglich die Logung des internationalen Kongresses der Kriegsgeschädigten zu veranlassen.

Das Programm veraltet?

Der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie hat, wie schon im „Vorwärts“ mitgeteilt, eine Reihe von bekannten Parteigenossen aufgefordert, ihm Gutachten über eine Neugestaltung des Parteiprogramms einzureichen, die möglicherweise vom Parteitag in Cassel beschlossen werden könnten.

Sehr viele Genossen werden der Meinung sein, daß diese Neugestaltung unbedingt erforderlich, andere und sicher nicht wenige der Ansicht zuneigen, daß unsere Zeit der Umwälzung politischer und wirtschaftlicher Begriffe sehr wenig dazu geeignet sei, ein Programm für weite Sicht neu aufzustellen. Wie dem aber auch sei, die Gutachten liegen bereits vor und werden in den nächsten Tagen im Druck erscheinen.

Wir behalten uns vor, aus dem Buche, sobald es fertig vorliegt, besonders wichtige Kapitel unsern Lesern zur Kenntnis zu bringen und sie zur Diskussion zu stellen. Heute geben wir einige Abzüge aus dem Gutachten Eduard Bernstein's wieder, der sich mit der allgemeinen Gestaltung des Parteiprogramms beschäftigt. Bernstein sagt:

Aus zwei Gründen ist die Umgestaltung des Parteiprogramms der Sozialdemokratie unabwendbare Notwendigkeit geworden. Der erste besteht darin, daß der Weltkrieg und die in seinem Gefolge eingetretenen politischen Revolutionen neue oder bisher ungenügend berücksichtigte Fragen der Theorie und Methode des sozialistischen Kampfes in die Arbeiterbewegung geworfen und ihnen eine Tragweite gegeben haben, die es der Sozialdemokratischen Partei zur Pflicht gegen sich selbst und die auf sie blühenden Massen macht, ihre Stellung zu ihnen in scharf umrissenen Zügen in ihrem Programm klarzulegen. Dann aber sind speziell in Deutschland durch die hier vollzogene Revolution Forderungen des herzeitigen (Erfurter) Parteiprogramms ganz oder teilweise zur Verwirklichung gelangt, so daß die auf sie bezüglichen Sätze des Programms nicht mehr in der bisherigen Form aufrechterhalten bleiben können, sondern einer anderen Formulierung bedürfen, wie sie auch an eine andere Stelle des Programms gebracht werden müssen. Es ist aber klar, daß, wenn überhaupt an eine Veränderung des Programms geschritten wird, diese sich nicht auf jene zwei Anforderungen beschränken kann, sondern mit den Erkenntnissen, welche die Sozialdemokratie in den seit Abschaffung des Erfurter Programms verstrichenen drei Jahrzehnten gesammelt hat, auch die in dieser Zeit vollzogene Erweiterung ihres Arbeitsgebietes und Steigerung ihrer Wirkungskraft in vollem Maße zu berücksichtigen hatte. Welche Veränderungen und Zusätze unter diesen Umständen vornehmlich notwendig werden dürften, soll im folgenden in möglichst knapper Form dargelegt werden.

Das neue Programm muß in stärkerer Weise, als im Erfurter Programm geschehen, konkreten Charakter erhalten. Was 1891 für die Sozialdemokratie noch in gewisser Ferne lag, politisch betrachtet noch einen jenseitigen Charakter hatte — jenseits vom Kaiserthum mit allem, was daran hing —, ist nun für sie diesseitig geworden, in unmittelbarer Nähe gerückt und will daher entsprechend berücksichtigt sein. Das Programm kann Fragen nicht unberücksichtigt lassen, deren Erörterung 1891 spekulativer Natur war, nun aber ins Gebiet der Gegenwartsfragen gehört — von den Fragen des Aufbaus der Republik angefangen bis zu den Fragen der Sozialisierung von Wirtschaft und Recht. Ebenso müssen die Spezialgebiete der Betätigung der Arbeiterklasse berücksichtigt werden, denen die Sozialdemokratie in der Zwischenzeit in zunehmender Stärke ihre Aufmerksamkeit und Arbeit zugewendet hat, und muß mit der Stellung der Sozialdemokratie zu den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse — Gewerkschaften und Genossenschaften — auch ihre arbeitsmäßige Stellung zu bestimmten Formen des Wirtschaftskampfes gekennzeichnet werden.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß das Parteiprogramm seine bisherige Form nicht beibehalten kann, sondern mit der Erweiterung seines Inhalts auch eine andere Grundgliederung des Stoffes erhalten muß. Es handelt sich nicht weniger um Aufzählung von Forderungen, als um Bestimmung von Aufgaben und Zielen der Politik der Sozialdemokratie, und hierfür ist bei der Vielseitigkeit des Stoffes und der Notwendigkeit genauer Kennzeichnung jener Aufgaben und Ziele eine Einteilung des Programms in eine ganze Reihe von Abschnitten zu empfehlen. Es fehlt für ein solches ungeschlossenes Programm nicht an Vorbildern aus anderen Ländern, doch kann es sich nicht darum handeln, diese slavisch nachzuahmen. Die Sozialdemokratie jedes Landes hat bei Ausarbeitung ihres Programms die Besonderheiten von dessen Lage und Entwicklungshöhe wie die sich aus ihrer eigenen Entwicklung ergebenden besonderen Aufgaben sorgfältig in Betracht zu ziehen.

Bestimmungen erfolgen durch die von den Organisationen und Parteibuchhandlungen in Umlauf gesetzten Sammel-Bestellzettel, oder direkt durch die örtliche Parteibuchhandlung bzw., wo eine solche nicht vorhanden, durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Am Geist des Parteiprogramms, wie ihn das Erfurter Programm zum Ausdruck bringt, ist grundsätzlich nichts zu ändern. Die Sozialdemokratie steht nach wie vor auf dem Boden der soziologischen Entwicklungslehre, wie Marx und Engels sie ausgearbeitet haben, und die den Einleitungssätzen des Erfurter Programms zugrunde liegt. Aber die Form dieser Sätze kann meines Erachtens nicht aufrecht erhalten werden. Was ich in dieser Hinsicht in meiner Aufschrift an den Stuttgarter Parteitag von 1898, in meiner Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ und in den an diese sich anschließenden Aufsätzen geschrieben habe, hat nach meinem Dafürhalten durch die seitdem vor sich gegangene Entwicklung in allen wesentlichen Punkten zur Bestätigung erfahren. In ihrer jetzigen Fassung schildern die Einleitungssätze des Erfurter Programms in markigen Sätzen und leuchtenden Tendenzen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Aber durch ungenügende Berücksichtigung der ihnen entgegenwirkenden Kräfte stellen sie die voraussichtlichen Ergebnisse dieser Entwicklung in einer Gestalt hin, die mit dem tatsächlich gewordenen in verschiedener Hinsicht nicht übereinstimmt. Man könnte nun diesem Fehler im einzelnen dadurch abhelfen, daß man gewissen Ausdrücken ihre apokryphische Form nimmt. Indes bilden die betreffenden Sätze mit den sich an sie anschließenden Schlussfolgerungen doch so sehr ein abgerundetes Ganze, daß solche Verbesserungen an Ausdrücken nur ein dieses verunzierendes Flickwerk zustande brächte, nicht aber das Gabe, worauf es jetzt tatsächlich ankommt: die Darstellung der Wirklichkeit an der Hand der Zeitgedanken der marxistischen Entwicklungslehre.

Bernstein erinnert an die von ihm bereits im Jahre 1900 veröffentlichten Leitätze für die Neuformulierung des Parteiprogramms und wendet sich dann den einzelnen Fragen zu, die nach seiner Meinung eine besondere Behandlung im Programm erfordern. Dazu gehören besonders die Stellung zu den deutschen Verfassungsfragen, die Frage der Demokratie und des politischen Rechtes, des Parlamentarismus und des Ratesystems usw. Es wird auf diese Ausführungen noch zurückzukommen sein. Auf jeden Fall möchten wir heute schon die Aufmerksamkeit aller Parteigenossen auf den „Gutachterband“ lenken. Es wird eine Fülle von Gedanken und Tatsachen in ihm zu finden sein.

Jagows Geist.

Für die Behandlung der Einbürgerungsgesuche dient noch jetzt ein Formular, das offenkundig aus der schönen Zeit stammt, da die alte schwarz-blaue Reichstagsmehrheit sämtliche Einbürgerungsgesuche in ganz Deutschland der Entscheidung des Traugott von Jagow gesehmähig überließ. Obgleich kein Gesetz und erst recht nicht die republikanische Reichsverfassung die Einbürgerung von

Abhängig und Religionsbekenntnis abhängig macht, fragt das Antragsformular auch danach.

Die Einbürgerung möchte ein gesetzliches Recht aller Ausländer sein, die eine gewisse Zeit in Deutschland leben, die deutsche Sprache beherrschen, in Deutschland zu bleiben wünschen und sich hier keiner gemeinen Verbrechen gegen die Allgemeinheit schuldig gemacht haben. Es ist höchst unmoralisch, von diesen Reichsbewohnern die Erfüllung aller Pflichten zu verlangen, ohne sie auch rechtlich gleichzustellen. Die Abschaffung der Wehrpflicht erleichtert die Frage noch ganz erheblich. Für Auslandsdeutsche und Bürger befreundeter Staaten, wie der neutralen, wäre die Frist erheblich abzulängen.

Der „Fall Berger“.

Zu der Verhaftung des Levinants Berger wird den P. B. N. von der Nachrichtenstelle der Sächsischen Staatskanzlei mitgeteilt, daß die Vermutung gewisser radikaler Blätter, als ob die Regierung sich dieses mit den Spartakisten verbundenen Offiziers als Spion bediene oder von seinem Treiben gewußt und es gebilligt hätte, völlig aus der Luft gegriffen ist. Die Regie-

Opfer des Orients.

Von Heinrich Vierbücher.

Die gestiegenen Völker führten im Frühjahr 1916 ihre Helotombe auf dem Altar von Verdun auf, nicht hundert Stiere, wie es vor Zeiten die Alten taten, o nein, die Reuen waren gefeuerdiger, höher und erkräftiger als das in Schönheit und Harmonie schmelzende Altertum, das seine Opfer, mit Blumen und Bändern umkränzt, dem Feuer übergab. Hunderttausende gingen in das große Feuer, nicht Stiere, nur Menschen, schmucklos, und einzig getrieben von der Gloire und dem kategorischen Imperativ.

Hunderttausende fielen in Europa, Hunderttausende opferte auch der Orient, der im Zeichen des „Djihad“, des heiligen Krieges, stand.

Die Scharen der beiden Kaiser und die des Vulkangott hatten die serbische Mauer zertrümmert und die Verbindung mit den Osmanen hergestellt. Die Engländer mußten unter dem Anprall der Anatolier die Dardanellen räumen und Freude war in Stambul.

Im Feengarten von Dolma-Bagische glühten die Ampeln in die einzig klare Nacht, wie sie nur der Süden kennt, lirkten die Nachtigallen hundertwiegend schöner armenischer und griechischer Längsinnen, klangen die leidenschaftlich-lebensfröhlichen, beharrlich eindringlichen und dennoch so bezaubernden Weisen, die den Europäer mehr als alles andere in den suggestiven Mann einer köstlich fremden, im Jabel fliegenden und in der Lage liegenden Gefährlichkeit zwingen. Icholl das Gebrüll der phantastisch gepunzten Leibgarden, die ihrem Oberherrn das „teschock jascha padischahim“ ausbrachten und sang die von fanatischem Stolz getragene Rede Ender Paschas, des Gardische Kasir, des Kriegeministers, der den Sultan bat, den Titel eines „Ghazi“, eines Siegers, anzunehmen. Und Sultan Mehmeds wässerige Kuglein stimmerten von Arrat und Siegesstrunkenheit wie die Lichtlein der Minarett an einem Weiraam-Abend.

Ender sprach mit einer mephistofelischen Veredelmacht auf seinen hohen Schwiegervater ein. Wäden und wädsen würde nun das Reich Osmanens, hoch würde der weiße Halbmond auf blutrotem Grunde wehen von Dumburman bis zur Arim, von Persien bis zum Süds. Nur müsse man hindernde Kräfte bannen, den inneren Feind schlagen, wollte man des äußeren Herr werden. Den inneren Feind: die Ungläubigen, die Armenier, die Allzulagen.

Der Sultan opferte die Armenier.

Ender Pascha wollte sie nicht töten, nein, so barbarisch war Ender nicht, denn er war lange in Europa gewesen; er wollte mit ihnen nur tun, was die Deutschen in Nordfrankreich taten — nur ausquartieren wollte er sie, ihre lauslichen Vergneger ausheben und sie nach Arabien verpflanzen, wo sie nicht mehr seinen rechtgläubigen Türken gefährlich werden konnten, so sagte er dem deutschen Vorkämpfer, der Bedenken hatte, Kur ausquartieren. . .

Überall, wo es Armenier gab, band man sie aneinander und führte sie nach Süden.

Ihren Besitz durften sie zurücklassen; den brauchten sie nicht mehr, sagten die Soldaten. Die Paläste der Reichen nahm Ender

zung hat nicht nur sofort einen Polizeikommissar zur Aufklärung an Ort und Stelle beordert, sondern hat auch auf Veranlassung des Ministers des Innern den Volkskammerabgeordneten Casan mit besonderen Vollmachten ins Boglana entsandt, damit der Vorfall auch politisch aufgeklärt werden kann. Die Regierung hat nicht nur nichts zu vertuschen, sondern im Gegenteil das denkbar größte Interesse daran, daß solche Vorfälle restlos aufgeklärt werden; sie wird mit Rücksichtslosigkeit gegen etwaige Schuldige vorgehen.

Der Kampf um die freie Schule.

Vor einiger Zeit traten die schulpflichtigen Kinder der „Freien Elternvereinigung“ in Buer in den Streit, um die Errichtung einer konfessionslosen Schule zu erzwingen. Von der Regierung wurde daraufhin eine Notverordnung in der Weise vorgeschlagen, daß für den Lehrer Dittmar in Buer an einer geeigneten Stelle eine Klasse solcher Schüler errichtet werde, deren Eltern die Befreiung vom Religionsunterricht beantragten. Die „Freie Elternvereinigung“ ist mit diesem Kompromiß nicht zufrieden, da es sich in Buer um etwa 3000 Kinder handelt, die vom Religionsunterricht befreit sind. Sie hat deshalb an das Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung einen Protest gesandt, in dem es u. a. heißt:

„Unsere Mitglieder fordern auf dem Wege der Notverordnung für sämtliche Kinder religionslose Klassen; sie sind nicht gewillt, sie fernerhin in konfessionelle Schulen zu schicken. Der Schulbesuch der Regierung zu Münster, der Zentrumsmann und Vorsitzende des katholischen Lehrervereins, Herr Rektor Kamp, äußerte sich in einer Sitzung in Buer dahingehend, daß die Regierung zu Münster nicht mehr als eine religionslose Klasse in Buer bewilligen könne. Die freie Elternvereinigung sieht das nicht als Regelung an, es ist dies nach ihrer Auffassung eine Mißachtung der fordernden proletarischen Eltern, die mit ihren Kindern auf geistigem Gebiet nicht mehr enterbi und entrechtet sein wollen. Die freien Eltern beanspruchen ernsthafte Verhandlungen. Die Schulverwaltungsbeamten in Münster scheinen immer noch des Glaubens zu leben, daß das werksichtige Proletariat immer noch achsellos beiseite geschoben werden könne. Die freie Elternvereinigung erwartet bestimmt, daß nunmehr eine befriedigende Lösung des Konfliktes veranlaßt wird. Die Verantwortung für alle ferneren Weiterungen trifft diejenigen, die den berechtigten Wünschen der freien Eltern so verständnislos gegenüberstehen.“

Dazu möchten wir bemerken, daß es ja gerade das Zentrum gewesen ist, das in Schulfragen den Gesichtspunkt der Gleichberechtigung in den Vordergrund gestellt hat. Ebenfalls, wie es seine konfessionellen Schulen aufgeben will, kann es verlangen, daß Andersgläubige ihre Kinder in Schulen schicken, in denen der ganze Unterricht nach bestimmten Dogmen zugeschnitten ist.

In den Armen liegen sich beide.

Die bayerischen Reaktionen nämlich und die U.S.P.-Leute. Sie wollen von einer Entwaffnung nichts wissen. Die bayerische Landesbauernkammer ließ der Regierung den Wunsch übermitteln, die bayerischen Einwohnerwehren bestehen zu lassen, während die Münchener Unabhängigen in zwei Massenversammlungen gegen die „kommende Militärdiktatur“ protestierten. Die deutsche Arbeiterklasse mußte gerüstet sein, um im richtigen Augenblick eingreifen zu können. Ob die Waffen gegen die Entente, gegen den Bolschewismus oder gegen den inneren Feind erhoben werden sollen, verriet man nicht. Es ist auch gleichgültig. Die gleichzeitige Waffenforderung derart entgegengesetzter Elemente ist der beste Beweis für die Notwendigkeit der Entwaffnung.

Opposition der badischen Mühlenbesitzer.

Karlsruhe, 10. August. (D. N.) Der badische Mühlenbund hat seine Mitglieder auf dem Offenburger Verbandstage verpflichtet, bis auf weiteres Mühlenkontrollen nicht mehr vorzunehmen zu lassen. Die badische Regierung weist darauf hin, daß dieser Beschluß ungesetzlich ist und weder von der Reichsregierung noch von dem badischen Minister des

Inneren, die Häuser der Vermittelten bekamen die Offiziere und in den Raum der Armen teilten sich die Soldaten. Reiche und Arme band man denselben Strick, denn Gerechtigkeit ist die Grundlage auch des türkischen Reiches. Wer sich wehrte, wurde totgeschlagen; man muß doch dem Sultan gehorchen sein. Fragte einer wozu? wozu? so schlug man auch ihn tot, denn er war neugierig. Dann schleppte man die Gebundenen hinaus auf die lange Wanderung unter den Schreien der im Sämerenswahnsinn zurückbleibenden Kinder und Greise, hinaus in den Jammer. Durch ein Inferno menschlicher Liebe immer südwärts, dem Taurus entgegen, an dessen Fuße die Wäde armenischen Jammers, von Stambul, Tropezant, Sidos und Exerum herfließend, sich zu einer grandios-graunigen Symphonie unsohbarer Leides zusammenhalten.

Von denen, die bis hierher dem Hunger, dem Typhus und den Kolbenschlägen widerstanden, lachte man die Kräftigsten aus, zehntausend vielleicht, die sollten den Berg durchstehen helfen, daß die Waggadbahn hindurch könne. Drei Monate später lebten keine fünfzig mehr von ihnen; Hunger, Bajonade und zermalmendes Steingeröll mähnten sie hin. Ständige armenische Leidensträgerkolonnen hielten Tag und Nacht schmale flache Löcher in das steinerne Erdreich. Teure Waggadbahn!

Das Groß schleifte man über das alpenhohe Gebirge und warf die Erbsäpften zu Hunderten in die gähnenden Spalten. Kurzes Kechnen. Haidi basalam, weiter.

Weiter, hinab in die paradiesische Ebene Kilikien, nach Tarsus und Adana, wo die anläufigen fünfzigtausend Armenier, die sich dem Zuge ihrer Stammesgenossen anschließen wollten, verweigerten Widerstand leisteten. Dreitägiges Morden, Stechen und Würgen, dann waren die beiden Städte still. Nun über den Amanus, Aleppo entgegen. Hier sollte sich der Zug nach Osten und Süden teilen; da brach der Flecktyphus aus und verrenkte täglich einige Hundert Hungergerippe. Der deutsche Konul bot alles auf, den Bekuhmenden Nahrung zu geben, aber die Offiziere stahlen und verkauften das Getreide. Er legte feierlichen Protest gegen das Morden ein, man lachte ihn höhnend ins Gesicht; es seien doch nur Armenier und alles gelte auf den Rat des deutschen Volksmeisters. Indessen begann der Flecktyphus auch bereits unter den Mohammedanern Aleppos zu wüten. So jagte man die schattenhaften Jammergestalten durch die syrische Wüste auf Mossul zu oder aber nach Kuds, hier, dem heiligen Jerusalem. Was von den ersten nach vierwöchiger Wätschqual und -hege noch atmete, mußte in der Tropenhitze, rubelweiße aneinandergedrängt, tomenischwere Balsen zieren, um die Waggadbahn weiter vorzutreiben. Die Frauen aber schenkte man vertierten Beuinen, damit sie ruhig seien und die Kulturarbeit des Waggadbaues nicht störten.

Die nach Süden zogen, erlitten hinter Jerusalem das gleiche Schicksal. Von ihnen allen lebt keiner mehr.

So brachte der Orient sein Opfer. Dreizehnhunderttausend Armenier.

Künstlerische Wiedergeburt in Sowjetrußland. Seit etwa zwei Jahren steht der bekannte russische Maler Igor Grabar an der Spitze der Verwaltung der Kunstsammlungen in Rußland. Grabar hat sich durch wiederholte Ausstellungen seiner Bilder besonders in

innern respektiert werden konnte. Weiterer Widerstand gegen die Kontrolle habe besondere Maßnahmen, nötigenfalls die Übergabe der Mühlen in Selbstverwaltung des Kommunalverbandes, zur Folge.

Sadisten der Zwietracht.

Der gemeinsame Aufruf des Gewerkschaftsbundes, der Sozialdemokraten, der Unabhängigen und der Kommunisten zur Wahrung der deutschen Neutralität hat sicherlich bei den allermeisten deutschen Proletariaten die höchste Befriedigung erweckt, nicht nur wegen seines Zweckes, sondern auch wegen der Tatsache, daß alle in Betracht kommenden politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, ähnlich wie in den Skapp-Zogen, ihre Unterirdien unter einen gemeinsamen Appell gesetzt haben. Daß wenigstens bei wichtigen, das gesamte deutsche Volk berührenden Anlässen, die sonst so schmerzlich vermehrte Einigkeit wiederhergestellt werden kann, ist ein Zeichen, das alle vernünftigen Arbeiter mit aufrichtiger Genugtuung begrüßen müssen. Und, soweit Sozialdemokraten und Unabhängige in Frage kommen, so glauben wir behaupten zu können, daß hierüber kein einziger Miston laut werden wird.

Die Reaktion, deren vorläufige Stärke ja gerade in der gegenwärtigen Fierissenheit der Arbeiterbewegung liegt, hat jedenfalls mit sicherem Instinkt diese Einigkeit umangenehm empfunden, und schon jammert die „Posit“ über den gemeinsamen Aufruf, der „eine eminent nationale Frage wieder einmal künstlich in eine Frage des Proletariats umfrisiert“ und ohne die Regierung zu erwähnen, die Arbeiter zu selbständigem Handeln auffordert. Wir kennen diese Töne aus den Zügen des Kapputisches des Bürgerturns über die „Rebenregierung der Gewerkschaften“ und über die „Diktatur Regien“ jammerte.

Nur bei denen aber, die an der Selbstzerfleischung des Proletariats eine Art sadistischer Freude empfinden, nämlich bei den Führern des Spartakus-Bundes, hat diese Gemeinsamkeit andere Empfindungen hervorgerufen. Der einheitliche Aufruf genügt den Kommunisten nicht, sie müssen ihn durch einen eigenen „ergänzen“ oder vielmehr neutralisieren. In dem von der „Roten Fahne“ veröffentlichten Aufruf, wird über die Pflicht zur Neutralität und über die Abwehr gegen einen etwaigen Druck der kapitalistischen Entente-Regierungen sonst nur daselbe auf zwei langen Spalten beigezogen, was alle anderen Sozialisten als Selbstverständlichkeit empfinden und längst vor ihr ausgesprochen haben. Nur daß sie es nicht mit jener künstlichen Aufgeregtheit tun, die den Kommunisten zu eigen ist. Dann aber fährt der Aufruf fort:

„In diesem Kampf muß die gesamte Arbeiterklasse geschlossen marschieren und schlagen. Darum können nicht die Gewerkschaftsführer und nicht die einzelnen politischen Parteien die Leitung übernehmen; das können nur die von Euch selbst gewählten und kontrollierten politischen Arbeiterräte.“

Arbeiter! Seid Euch klar darüber, daß die Scheidemänner und die Kautskhaner, die heute erklären für die Neutralität einzutreten, nur auf den Augenblick warten, um Euch in den Rücken zu fallen, wenn die deutsche Regierung ihre Maske abnimmt. Vor dem russischen Proletariat und der revolutionären Aktion der deutschen Arbeiterklasse haben die Verräter mehr Angst als vor der Gegenrevolution. Wollt Ihr den Verrat aus Euren Reihen ausschalten, dann übernehmt selber die Leitung des Kampfes, dann wählt sofort bei Eintritt in den Generalstreik an jedem Ort, in jedem Bezirk politische Arbeiterräte, die sich zentral zusammenschließen.“

Die „politischen Arbeiterräte“! Hier liegt der Hake im Pfeffer. Für die Kommunisten ist also die Abwehrbewegung gegen etwaige Neutralitätsverletzungen nur eine günstige Propagandamöglichkeit für das Rätesystem.

Man fragt sich aber, warum die Kommunisten dann überhaupt ihre Unterschrift neben die der „verräterischen“ Scheidemänner und Kautskhaner gesetzt haben. Und was werden denn die kommunistischen Arbeiter selbst über ihre

Maschinen einen Namen gemacht, und auf Grund früherer Bekanntheit hat sich kürzlich der italienische Journalist Igo Ojetti mit der brieflichen Bitte an den Direktor der russischen Kunstsammlungen gewandt, ihm über den derzeitigen Zustand der großen russischen Museen, der Eremitage, der Sammlungen im Kremlin, der kostbaren Privat Sammlungen und der Denkmäler einen möglichst eingehenden Bericht zu erstatten. Grabar hat auch der Bitte des italienischen Freundes mit einem ausführlichen Brief antwortet, in dem er über die Kunstsache in Sowjetrußland interessante Einzelheiten mitteilt. Fürs erste hatte es sich um die Besichtigung der Revolution und die durch sie bewirkte Restrukturierung herbeigeführt hatte, darum gebandelt, den kostbaren Kunstschätzen in Sicherheit zu bringen. Man mußte in den durch Feuer zerstörten Städten die Silber sammeln, die von Plünderern geraubten Kunstgegenstände wieder herbeischaffen und dazwischen dem Volk zu Gemüte führen, welchen unschätzbaren Wert jene Werke der Kunst und Wissenschaft für Rußland hätten. Hunderttausende von Kunstwerken wurden damals aus den entlegenen Winkeln des Reiches in die großen Städte gebracht und zu einem einzig dastehenden Kunstmuseum vereinigt.

Nachdem das erst einmal geschehen war, ging man daran, die Werke an die einzelnen Städte zu verteilen und überall städtische Museen zu schaffen, die einen möglichst umfassenden Ueberblick über die alte und moderne russische Kunst zu geben geeignet waren. Man fertigte weiterhin Kataloge an, verbot die Ausfuhr von Kunstwerken und begünstigte in jeder Weise die künstlerische Fortschrittsfähigkeit. Hand in Hand mit dieser wiederherzustellenden Arbeit ging die Sorge, um jeden Preis die alt-russische Architektur und Malerei, die Fresken und Wandmalereien der Kirchen vor dem Verfall zu schützen. Unermesslicher Schaden ist den Meisterwerken der national-russischen Malerei aus dem orthodoxen Glaubensbekenner erwachsen, der nicht zulassen wollte, daß die Zeit ihren farbenbleichenden Einfluß auf die Heiligenbilder ausübe.

Mit der Bekämpfung der Autorität der Kirchenbehörden erhielt die Sowjetregierung und ihre künstlerischer Beirat Igor Grabar endlich freie Hand. Das reißende Bild ist jetzt vor allem ein Kunstwerk geworden, und die Kommission für die Erhaltung und die Entdeckung künstlerischer Denkmäler, die im Mai 1918 ins Leben gerufen worden ist, hat nach dieser Richtung so eifrig gearbeitet, daß allein aus der byzantinischen Kunst von der Mitte des ersten bis zum Ende des zwölften Jahrhunderts mehr als 1000 Denkmäler entdeckt oder, richtiger gesagt, von der bedenkenden Größe von 5 bis 10 Uebermalungen befreit werden konnten. Es handelt sich dabei noch der Verführung Grabars um Schätze, die ganz dazu geeignet sind, das Studium der Geschichte der Kunst jener Zeitperiode auf eine ganz neue Grundstufe zu stellen. Die denkmalräuberische Entdeckung dieser Art ist die einer Reihe von Freskobilddern aus dem Ende des 11. Jahrhunderts, die das älteste Bild darstellen. Diese Fresken, die zweifellos aus griechischer Hand kommen, befinden sich in der berühmten Katakomben des heiligen Demetrius in Wladimir an der Kijawa.

Der Mut und die Beharrlichkeit, die Künstler und Gelehrte inmitten des Revolutionsbrandes und des Elend eines von jeder Verbindung mit dem übrigen Europa abgeschnittenen Landes bei der Erfüllung ihres Kulturwerkes an den Tag legten, verdient eine ungezügeltere Anerkennung.

Führer denken müssen, die mit „Verrätern“ zusammenarbeiten, gemeinsame Auftritte mit diesen „Judas“ erlassen und sich ins Schlepptau jener rätelfeindlichen Legienischen Gewerkschaften nehmen lassen, deren Verkrüppelung und Erhebung durch politische Arbeiterläge längst zum Bestandteil des Programms der Dritten Internationale geworden ist?

In Wahrheit herrscht bei den Kommunisten die Konfusion in Permanenz. Um seine Unklarheit, seine Hilflosigkeit und vor allem seine Bedeutungslosigkeit zu vertuschen, nimmt der Sporkofusband seine Zuflucht zu der Beschimpfung der erdrückenden Mehrheit der Arbeiterklasse und legt dabei sein jüdisches Werk der Zerfleischung des Proletariats frei.

Wenn die „Rote Fahne“ überdies noch den „Bormwärts“ beschuldigt, die Arbeiterklasse über den Sinn des Aufrufes zu täuschen, weil er strenge Neutralität nach beiden Seiten empfiehlt, so beweist sie damit nur, entweder daß sie das Wort „Neutralität“ nicht versteht oder daß sie es nur in den Mund nimmt, um es zugunsten des einen kriegführenden Zeils, nämlich Sowjetrußlands, zu bewerten. Angesichts der engen Beziehungen der deutschen zu den russischen Kommunisten braucht man sich darüber nicht zu wundern. Neben der tatsächlichen Neutralität gibt es eine „Neutralität des Herzens“, die wir allerdings nicht von der „Roten Fahne“ verlangen können. Sicherlich gehen auch unsere Sympathien gegenüber den Kriegführenden nicht zu den Verfassern des Versailler Friedensvertrages. Aber wir haben wahrhaftig keinen Grund, dieselben Gefühle gegenüber Moskau zu hegen, wie die „Rote Fahne“. Und deshalb sind wir zweifellos viel neutraler als sie.

Aufhebung der Reichsfleischkarte.

Von zuständiger Stelle wird den „P. R. N.“ mitgeteilt: „Durch Verordnung vom 7. August ist nunmehr die Reichsfleischkarte mit Wirkung vom 23. August 1920 aufgehoben und durch die Kundenliste ersetzt worden. Wahlweise ist auch die Gemeindefleischkarte, falls darauf von dem einen oder anderen Lande besonderer Wert gelegt werden sollte, zugelassen. Die Aufhebung geschah, weil die Reichsfleischkarte ihren Zweck, den Fleischverbrauch zu überwachen, im Gasthausverkehr tatsächlich immer mehr verloren hat und für die Lebensmittelbeschaffung in den Einzelhandlungen die Kundenliste in den Schlächtereien ausreicht.“

Wir halten die Aufhebung der Fleischbeschränkung nach wie vor für ein sehr gefährliches Experiment. Was wir bei Eiern, Obst und Leder erlebt haben, wird sich beim Fleisch und schließlich auch bei den Kartoffeln wiederholen. Zahlungsfähige Kreise können sich schließlich alles leisten, aber den Proletariats in den Industriebezirken wird schließlich auch noch die kleine Nation entzogen und ihre Ernährung völlig dem Bucher ausgeliefert. Seit dem Ausscheiden der sozialdemokratischen Minister aus der Reichsregierung scheint auch die letzte Hemmung in dieser Richtung fortgefallen zu sein. Die Parteien, die angesichts der allgemeinen Anarchie die öffentliche Wirtschaft der Lebensmittel aufheben, übernehmen damit die Verantwortung für all die Schwierigkeiten, die daraus in Arbeiterbezirken entleihen können. Das rechtzeitig auszusprechen, ist unsere Pflicht, um so mehr als die Aufhebung der öffentlichen Wirtschaft schließlich bedeutet, daß die Staatsgewalt vor den Agrariern und den — Schiebern die Segel streicht!

Deutschland bleibt neutral.

Eine Antwort an Dajzanski.

Der „Bormwärts“ machte neulich Mitteilungen über ein Gespräch, das der Vizepräsident des polnischen Ministerrates Dajzanski vor einiger Zeit mit dem französischen Sozialisten Lafont gehabt hat.

Hierzu wird uns vom Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß eine Vermittlung der Entente zwischen Deutschland und Polen zum Zweck der Auslieferung von deutscher Munition und deutschen Waffen an Polen nicht stattgefunden hat.

Wanderbuchhandel als Volksbildungsmittel. Der Kampf gegen den Schund in Wort und Bild, der zu Anfang unseres Jahrhunderts einsetzte, hat insofern gute Wirkung getan, als er die überflüssige Kolportageliteratur zurückdrängte. Aber wenn auch die Red-Carter-Bücher nicht mehr wie früher die Jugend vergiften, so herrscht doch heute weithin die oberflächlichste Unterhaltungsliteratur vor. Deshalb ist es notwendig, nicht nur das Schlechte zu bekämpfen, sondern Gutes an seine Stelle zu setzen, und dazu ist die Organisation eines richtigen „Volksbuchhandels“ notwendig, der nicht, wie der gewöhnliche Buchhandel wartet, daß das Publikum zu ihm kommt, sondern das gute Buch selbst unter das Volk trägt. Man hat den neuen Weg eingeschlagen, daß man dem Schundbuchhandel seine Mittel abläuft, durch die die großen Erfolge erstellte. Private Freunde der Volksbildung haben sich dieser Aufgabe angenommen. So der „Billige Büchermarkt“ in Hannover, der „Rein-Mainische Verband“, der darauf hinarbeitet, den Schund aus den kleinen Papierläden zu verdrängen, und eine Organisation in Ober-Sachsen. Auch die Anfang 1919 in Jena gegründete „Deutsche Wanderbuchhandlung“ will dem Schundbuchhandel seine Mittel ablernen und sie in den Dienst guter billiger Volksliteratur stellen. Dabei soll allen Persönlichkeiten und Organisationen, die auf diesem Gebiet arbeiten, ein gebührender geschäftlicher Rückhalt gegeben werden. Es werden in der Hauptsache Wanderbuchhändler ins Land geschickt; sodann aber werden auch in Dorfschulen Verkaufsaussstellungen abgehalten und Bücherhuden auf Jahrmärkten errichtet. Sehr wichtig sind die kleinen Papierläden, die in Städten und Dörfern die geistige Nahrung vermitteln und bisher Brutstätten der schlechtesten Unterhaltungsliteratur waren. Sie erhalten von der D. R. V. zu den gleichen Bedingungen geliefert wie vom Großgeschäft. Am wirksamsten haben sich bisher die örtlichen Veranstaltungen, namentlich auf dem Lande, erwiesen, die von der „Wanderbuchhandlung“ ihr Material, meist in Gestalt bayerischer Niederlagen, geliefert erhalten. Mit etwa 200 Stellen hat die Wanderbuchhandlung im ersten Jahre eine dauernde Verbindung aufgenommen und an rund 250 Orten, meist in Thüringen, gearbeitet. Näheres durch die Geschäftsstelle der Deutschen Wanderbuchhandlung, Leipzig O., Königsstr. 15.

Die deutschen wissenschaftlichen Institute in Italien. Die während des Krieges beschlagnahmt waren, dürften in nächster Zeit an Deutschland zurückgegeben werden. Die Bibliothek des archaischen Instituts in Rom ist bereits zurückgegeben worden, freilich mit der Verpflichtung, daß die Bücher dauernd in Rom bleiben und allen Studenten zur Verfügung stehen müssen.

Rebattentrick in Kattowitz. In Kattowitz und Königshütte ist in den Rebattionen der im Schwinn-Verlag erscheinenden Zeitungen („Kattowitzer Zeitung“, „Ober-schlesische Morgenzeitung“ und „Königshäuser Tagesblatt“) ein regelrechter Rebattentrick ausgebrochen, nachdem die Forderungen der Rebatture vom Verlag als unerfüllbar zurückgewiesen worden waren. Der Verlag verurteilt, den Rebattionsbetrieb mit dem kaufmännischen Personal vollständig aufzuklären.

Der neue Start Amunibens. Die aus Rom (Klassik) gemeldet wird, hat Amunibens am 8. August an Bord der „Maud“ seine Nordpol-Expedition angetreten. Öffentlich hat er von dem neuen Ausgangspunkt mehr Glück, eine nordwestliche Drift des Eiseises zu erwarten, als das erstmal, da er nach Alaska abgetrieben wurde.

hat. Auf Grund seiner Neutralitätserklärung hätte Deutschland Vorschläge dieser Art ablehnen müssen. Tatsächlich hat Deutschland aus dem nach dem Vertrag von Versailles an die Alliierten abzuliefernden deutschen Beständen an Waffen und Munition nichts an Polen geliefert.

Polnische Reaktion bis zuletzt.

Die in Chelm erscheinende ukrainische Wochenzeitung „Rote Schütze“ berichtet, daß dort von den polnischen Behörden Standgerichte eingesetzt wurden. Zahlreiche Verhaftungen unter den Ukrainern sind an der Tagesordnung. In viel größerem Maße finden Verhaftungen von Ukrainern völlig willkürlich durch die polnischen Lokalbehörden in Ostgalizien statt. Die Verhafteten werden nach Lemberg gebracht, dort einem Scheinverhör unterworfen und dann meist in Internierungslager verschleppt. Den Verhafteten wird Bolschewismus vorgeworfen oder sie werden einfach als gefährlich für den Bestand des polnischen Staates hingestellt. Ferner ist polniseits in Ostgalizien die Registrierung sämtlicher ehemaligen galizisch-ukrainischer Offiziere angeordnet worden. Auch in den jüdischen Organisationen in ganz Polen, besonders aber in Ostgalizien und in Chelm, sind viele Verhaftungen vorgekommen.

Telegraphenangestelltenstreik in Oesterreich.

Wien, 10. August. (All.) Der gestern mittag ausgebrochene Streik der Telephon- und Telegraphenangestellten in ganz Oesterreich dauert mit unverminderter Stärke an. In den Verhandlungen mit der Regierung ist eine Einigung in nur zwei Fragen bisher erzielt worden. Man hofft aber, daß in den zwei Hauptfragen die Einigung im Laufe des heutigen Vormittags herbeigeführt wird. Die Angestellten der Funktelegraphie sind ebenfalls mit in den Streik getreten. Falls bis heute abend keine Einigung erzielt werden sollte, drohen die Postbediensteten mit dem Empathiestreik.

Internationale Seeleutekonferenz.

Brüssel, 10. August. (Nachung des Holländisch Niemannsbureau.) Am 9. August morgens ist die Internationale Seeleutekonferenz in Brüssel eröffnet worden. Den Vorsitz hatte Havelof Wilson. Der belgische Arbeitsminister erklärte, daß Belgien versuchen werde, in seinen Gesetzen die Beschlüsse, die auf der Konferenz in Genua beschlossen wurden, aufzunehmen und daß er auch versuchen werde, die Frage des Achtstundentages und der 48stündigen Arbeitswoche, die in Genua nicht zur Erledigung gekommen sind, zu behandeln. Die belgische Delegation hat eine diesbezügliche Resolution eingebracht.

Italienisch-griechisches Uebereinkommen.

Paris, 9. August. (Dabos.) In der Frage des Dodekanes (Insel im Ägäischen Meer) ist zwischen der italienischen und der griechischen Regierung eine Vereinbarung abgeschlossen worden, die am morgigen Dienstag gleichzeitig mit dem türkischen Friedensvertrag unterzeichnet werden soll. Es wird berichtet, daß die 12 kleinen Inseln des Dodekanes unter griechische Oberherrschaft kommen werden. Bezüglich Rhodos soll eine Volksabstimmung stattfinden, falls England den Bemühern von Chypren anräst, sich mit Griechenland zu vereinigen. Die Ausführungsbestimmungen für die Volksabstimmung werden im voraus durch die morgen zu unterzeichnende Vereinbarung bestimmt. Griechenland verleiht der italienischen archaischen Schule in Athen das Recht, Ausgrabungen auf der Insel Kos zu machen.

Statt der Sittlichkeitsvertröter, über deren Treiben die „Frankf. Zig.“ lebhafte erschütternde Amtsprotokolle veröffentlichte, verfolgen die französischen Behörden das Blatt, das sie wiederum für das besetzte Rhein-Gebiet verboten haben.

Der Führer der Kommunisten in Dortmund ist auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Es handelt sich um den Kommunisten Weinberg, der nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft geflohen, später in Nürnberg verhaftet und nach Dortmund gebracht worden war.

Der Mord in den Karpathen.

Vor dem ersten Senat des Reichsmilitärgerichts fand heute unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schleier die Revisionsverhandlung im Prozeß gegen den Oberleutnant der Reserve Hans Hiller statt. Wie erinnerlich, war Hiller am 27. Dezember 1919 vom Berliner Kommandanturgericht auf der Anklage wegen Missetatung des Gardebataillons Helmhafe freigesprochen und nur wegen einiger geringerer Verfehlungen zu einer Gefängnisstrafe von 7 Wochen verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte der Gerichtsherr Berufung eingelegt, und das Oberkriegsgericht verurteilte in der Verhandlung am 30. April d. J. Oberleutnant Hiller wegen vorläufiger Missetatung des Helmhafe mit Todeserfolg zu zwei Jahren Gefängnis und Dienstentlassung.

In der heutigen Verhandlung vor dem Reichsmilitärgericht stützte der Angeklagte seine Revision auf sachliche und formelle Rügen. In erster Beziehung betonte er, daß die Feststellungen des Berufungsgerichts fehlerhaft gewesen seien. So sei nicht festgestellt worden, daß er das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit (!) gehabt habe, und daß er den Krankschickstand des Helmhafe erkannte habe. Es sei auch nicht richtig, daß die Temperatur am Tage der Strafvollstreckung an Helmhafe niedrig gewesen sei. Auch der Begriff „Verursachung des Todeserfolges“ sei vom Berufungsgericht falsch angewendet worden. Die formelle Rüge des Anklägers bezieht sich auf die unvorschriftsmäßige Besetzung des Berufungsgerichts. In der Hauptverhandlung am 30. April waren die vom Gerichtsherrn berufenen beiden Offizierichter nicht erschienen. Infolgedessen ließ der Vorsitzende des Oberkriegsgerichts zwei andere Oberleutnants telephonisch herbeirufen. Diese beiden Offiziere waren also nur rein zufällig zu Richtern bestellt, sie waren nicht, wie die Vorschriften es erfordern, von den Vertrauensleuten zu Richtern gewählt worden. Der Senat hat das Urteil des Berufungsgerichts auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Berufungsinstanz zurück.

Groß-Berlin

Explosion in Lichtenberg.

Heute morgen gegen 4 Uhr ereignete sich auf dem Grundstück der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in der Hauptstraße eine schwere Explosion. Es explodierte dort in der Benzobehälter ein Apparat mit solcher Gewalt, daß zahlreiche Fensterzerbersten in der Umgebung der Fabrik zertrümmert wurden. Der Apparat und das Gebäude selbst sind schwer beschädigt. Der Arbeiter, der den Apparat bedient, wurde schwer verletzt in das Krankenhaus eingeliefert.

Alle Nachrichten und Gerüchte, die sich vor allen Dingen heute morgen in Lichtenberg verbreiteten und von einer Reihe von Toten und Verwundeten sprachen, sind glücklicherweise unzutreffend und wohl nur in Erinnerung an die vor einigen Jahren in derselben Fabrik erfolgten Explosion, die mehrere Todesopfer forderte, entstanden.

Streik in den Charlottenburger Gaswerken.

Die Arbeiter der Charlottenburger Gaswerke sind, wie der Magistrat mitteilt, heute in den Ausstand getreten. Die Veranlassung hat eine Lohndifferenz zwischen dem Berliner Magistrat und der Groß-Berliner Arbeiterkassette gegeben, deren Erledigung sich nach Ansicht der Arbeiterkassette unnötig verzögert hat. Bereits am Sonnabend sind die Arbeiter des Regeler Gaswerks in den Streik getreten. Die Charlottenburger Arbeiter sind angeblich aus Solidaritätsgründen jetzt gefolgt. Notstandsarbeiten werden ausgeführt. Die Gasversorgung ist unterbrochen.

Eine große Heeresgutverfälschung wurde gestern durch das rechtzeitige Eingreifen der Kriminalkommissare Wühlsberg, Kessler und Draber vereitelt. Diese hatten festgestellt, daß nach einem Hause am Königsweg Wagenladungen mit Paketen aller Art, mit Vollen und Säden geschickt wurden. Ihre Ermittlungen ergaben, daß es sich um Ersatzstücke und Seldelungsgüter eines gewissen Infanterieregiments handelte, die von zwei Angehörigen des Regiments, den Gebrüdern Kühnemund, verschoben werden sollten. Von den beiden Brüdern war der eine als Wagemachmeister Kammerunteroffizier, während der andere Fahrer war. Der Kammerunteroffizier packte nun in seiner Kammer alles das zusammen, was er unauffällig unterbringen konnte, und sein Bruder kam dann mit einem Wagen und fuhr die Sachen heimlich nach dem Königsweg, wo die Frau des Wagemachmeisters wohnte. Als dort gestern wieder eine Wagenladung abgeladen werden sollte, griffen die Beamten des Kriminalkommissars Dr. Bösch ein, beschlagnahmten sie und nahmen zugleich eine Durchsuchung der Wohnung vor. Hier fanden sie das unterschlagene Heeresgut vollständig verpackt, um zunächst zu den Eltern der Frau geschickt zu werden. Diese und die beiden Gebrüder wurden festgenommen.

Der geheimnisvolle Leichentransport, über den wir aus der Blumenthalstraße berichteten, ist durch die Nachforschungen des Kriminalkommissars Lehnerdt bereits völlig aufgeklärt. Es liegt kein Verbrechen vor. Badawolska ist in der Wohnung der ihm bekannten Dame am Heringslag verstorben. Alle Personen, die bei dem Leichentransport behilflich waren, konnten festgestellt werden. Es sind einwandfreie Leute. Die verschwundenen Vertägen haben sich auch angefinden. Sie sind von der Dame, bei der der Kaufmann plötzlich verstorben ist, in seiner Wohnung unter der Bettdecke gelegt worden. Dort wurden sie auch alle bis auf einen Siegelring, der als lebend gemeldet wurde, vorgefunden. Es ist aber wahrscheinlich, daß der Mann diesen Ring gar nicht getragen hat. Das Geld, das Badawolska bei sich hatte, hat die Dame zur Bezahlung des Transportes der Leiche benützt.

Aus der Strafanstalt entwichen gestern in Prenzlau vier Berliner Gefangene, der 24 Jahre alte Schlosser Arthur Schütz, der 30 Jahre alte Militärinvalid Karl D. H., der 22 Jahre alte Mechaniker Karl Sandlow und der 19 Jahre alte Elektromonteur Max Zeiger. Trotz sofort aufgenommenem Nachbahrung nach den Flüchtigen ist es nicht gelungen, ihrer wieder habhaft zu werden. Schütz ist besonders an seiner rechten Hand kennlich, die infolge einer Schußverletzung steif ist.

Liebesgaben für Kriegsgefangene. Alle vor dem 20. Juli d. J. heimgekehrten, in der Stadt Berlin wohnhaften und politisch gemeldeten Kriegsgefangenen (Vororte kommen nicht in Frage), die noch keine Zigaretten und Zigaretten von der Kriegsgefangenenheimkehr erhalten haben, müssen dieselben spätestens bis zum 20. August d. J. unter Vorlage ihres Entlassungsscheines und der politischen Anmeldung in der Bezirkstele Schloßplatz 1, in der Zeit von 9—4 1/2 Uhr, abholen. Nach diesem Zeitpunkt werden Liebesgaben nur an neuerdings aus Gefangenschaft gekommene Heimkehrer ausgegeben.

Glückliches Wilmersdorf. Ähnlich geben jetzt die Groß-Berliner Gemeinden ihre letzten Haushaltungsvoranschläge bekannt. Dabei zeigt sich, in welcher Art und Weise die verschiedenen Gemeinden in den letzten Monaten ihrer Selbstständigkeit auf Kosten des jetzigen Groß-Berlin gewirtschaftet haben. Sämtliche bis jetzt mit ihren Voranschlägen herangezogenen Gemeinden, und zwar auch solche, welche sich früher solider Finanzen erfreuten, bringen als „Morgengabe“ ein erhebliches Defizit in das neue Berlin ein. Hieron wird, wie wir hören, Wilmersdorf eine rühmliche Ausnahme machen. Der Etat Wilmersdorfs wird, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ohne Defizit abschließen.

Marienthorf, Jugendweih. Eltern, die gewillt sind, ihre Kinder an der brunnhölle für Tempelhof-Marienthorf vorgehenden Jugendweih teilzunehmen zu lassen, werden gebeten, sich unter Angabe des Namens und Adresse sofort an den Genossen R. Desterreich, Blumentweg 8, zu wenden. Vom Umfang der Beteiligung hängt es ab, ob sich die geplante Feier ermöglichen läßt.

Adlershof und Nachbarorte. Die Jugendweih findet am Sonntag, den 19. September, vormittags 10 Uhr, statt. Die Teilnahme ist vollständig kostenlos. Anmeldungen nehmen noch entgegen die Genossen Schmalz, Poabowsthr. 1, und W. Thielemann, Diemachstr. 81 (Königsgebäude). Die zur Jugendweih kommenden Schüler können an dem Unterricht in Gemeindefachkunde und Religionsgeschichte, welcher an der 3. Gemeindefachschule in Adlershof eingeführt ist, teilnehmen. Der Unterricht für die Oberstufe findet am Dienstag jeder Woche in der Aula der 3. Gemeindefachschule, nachmittags von 8—4 Uhr statt. Anmeldungen für den Unterricht, der kostenlos ist, werden hier entgegengenommen.

Reinickendorf. Der Vorbereitungunterricht für die Jugendweih beginnt am Freitag, den 18. d. M., abends 8 Uhr. Und zwar für den städtischen Ortsteil in der 3. Gemeindefachschule unter Herrn Lehrer F. r o s s m, und für den weidlichen Ortsteil in der 5. Gemeindefachschule unter Herrn Lehrer Wolf. Neuanmeldungen werden noch am ersten Unterrichtstage entgegengenommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 11. August:

- 2. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Jugendheim, Lindenstr. 3. Bericht von der Generalsammlung, Ergänzungswahl der Abteilungsleitung, Vortragsangelegenheiten.
- 8. Abt. Mitgliederversammlung bei Raabe, Fichtelstr. 29. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Jahlabende 1., 2., 3., 5., 8., 10. bis 18. Gruppe. 9. Gruppe Donnerstag, 6 und 7. Gruppe Freitag in den bekannten Gruppenlokalen. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Das Wahlrecht am 15. August. 3. Vereinsangelegenheiten.
- Neudöln. 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung 7 1/2 Uhr bei Kessler, Koller-Friedrichstraße, Ecke Westendstraße, nicht bei Anmelungen.
- Vorligwaide-Witznau. 8 Uhr Jahlabend in den bekannten Lokalen.
- Orienttal. Mitgliederversammlung 8 Uhr im Lokal Petran, Hauptstraße 15. Thema: Die politische Lage. Referent: Kurt Häufiger. Infolge der gespannten politischen Lage ist das Erscheinen eines jeden Mitgliedes Pflicht. Gäste haben Zutritt.
- Derisdorf. Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr im Lokal Böttcher, Waldesstr. Ecke Berliner Straße.
- Westen. Mitgliederversammlung in dem bekannten Lokal. Zahlreicher Besuch wird erwartet.
- Zehlendorf. Die Jahlabende finden in den bekannten Lokalen statt.
- Kantowitz. 8 Uhr, Schumanns Festhalle, Kaiser-Wilhelm-Straße 29/31, Jahlabend.
- Lichterfelde. 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung, Oberrealschule, Ringstraße (Gehlagensaal). Wichtige Tagesordnung.
- Lichtenrade. Mitgliederversammlung 8 Uhr in der Schule, Kommandostraße. Thema: Die politische Lage. Referent: Walter Jänsch.

Gewerkschaftsbewegung

Tarifbewegung der Handelsarbeiter.

Der Tarif des Transportarbeiterverbandes mit dem Arbeitgeberverband im Einzelhandel ist gekündigt und läuft am 30. September ab. Eine am Montag abgeschlossene stoff besetzte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen im Einzelhandel stimmte dem von einer Kommission aufgearbeiteten Tarifentwurf zu, der den bevorstehenden Verhandlungen mit den Arbeitgebern zugrunde gelegt werden soll. Die wesentlichen Bestimmungen des Entwurfs sind folgende: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt bis 48 Stunden, bei durchgehender Arbeitszeit fällt in dieselbe täglich eine halbtägige Pause. Der Arbeitstag muß spätestens um 6 Uhr schließen, Meberstunden, wenn sie notwendig sind, sind mit 33%, Nacht- und Sonntagarbeit mit 100 Prozent Aufschlag zu bezahlen. Urlaub ist zu gewähren im ersten Halbjahr der Beschäftigung 6 Tage, nach einem halben Jahr 9 Tage, nach 2 Jahren 12 Tage, nach 5 Jahren 18 Tage, nach 10 Jahren 24 Tage. Bei einer Verletzung der Arbeitszeit bis 30 Stunden wöchentlich darf kein Lohnabzug stattfinden. Bevor die wöchentliche Arbeitszeit nicht auf 24 Stunden verkürzt ist, dürfen keine Entlassungen vorgenommen werden. Die Löhne sollen in einem besonderen Tarifabkommen festgesetzt werden. Hinsichtlich des Mitbestimmungsrechts enthält der Entwurf über das Betriebsratsgesetz hinausgehende Bestimmungen. Als die Beratung des Tarifentwurfs beendet war, berichtete Vollmeier über Verhandlungen über den

Sechs-Uhr-Lohnschluß.

Die bisher im Reichsarbeitsministerium gepflogenen Besprechungen hatten kein Ergebnis. Ein Antrag, den 6-Uhr-Schluß einzuführen, liegt dem Reichsarbeitsministerium vor. Auch dem Reichswirtschaftsrat soll ein gleicher Antrag eingebracht werden. Die Gewerkschaften des Einzelhandels hatten am Montag die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zu einer Verhandlung über den 6-Uhr-Lohnschluß geladen. Von Arbeitnehmerseite waren der Zentralverband der Angestellten (Handlungsgehilfen), der Transportarbeiterverband und andere Organisationen vertreten. Die Arbeitgeber waren nur sehr schwach vertreten. Die größte Organisation, der Arbeitgeberverband im Einzelhandel, fehlte. Soweit Arbeitgeber vertreten waren, erklärten sie sich als gegen den 6-Uhr-Schluß. Eine Ausnahme machte nur die Vertretung der Konsumgenossenschaft, die sich ohne Vorbehalt für den 6-Uhr-Schluß aussprach und sich auf ihre Erfahrungen berufen konnte, welche beweisen, daß der 6-Uhr-Schluß für die Geschäftsinhaber durchaus keine nachteiligen Folgen haben würde. — Der Referent betonte, die Angestellten und Arbeiter im Einzelhandel hätten seit an ihrer Forderung des 6-Uhr-Lohnschlusses und ersuchen das laufende Publikum, diese Forderung dadurch zu unterstützen, daß nach 6 Uhr keine Einkäufe mehr gemacht werden.

Der „Kämpfer“.

Auf Grund der Verordnung vom 12. Februar 1920 klagte ein Buchdrucker in Chemnitz gegen die Geschäftsleitung des kommunistischen Blattes „Der Kämpfer“ wegen unerwünschter Entlassung. Die Klage war schon beim Schlichtungsausschuß verhandelt, und dort war ein Schiedsspruch gefällt worden, wonach dem Kläger für drei Wochen und fünf Tage, solange dieser nach der Entlassung arbeitslos war, der Lohn zu zahlen ist. Diesem Schiedssprüche hatten sich die Parteien unterworfen. Dann lehnte aber die Beklagte den Schiedsspruch ab mit der Begründung, daß ihr Vertreter sich im Irrtum befunden habe. Der Kläger war im Februar d. J. aus der Arbeitsgenossenschaft zurückgetreten und bei der Verflagen in Stellung getreten. Anfang Mai ist er wegen Arbeitsmangels entlassen worden. Nach der angesprochenen Verordnung mußte aber die Arbeitszeit auf 24 Stunden pro Woche verkürzt werden, ehe die Entlassung erfolgen konnte. Das ist nicht geschehen. Der Spruch des Schlichtungsausschusses konnte demnach auch nicht anders lauten. Das Gewerbegericht hatte in der Klagesache gar nicht prinzipiell zu entscheiden, ob der Spruch irrtümlich gefällt war, sondern es hatte nur einen gerichtsnotarischen Beschluß herbeizuführen, damit der Kläger auf dem Wege der Forderung zu seinem Rechte gelangen konnte. Der Vertreter der Firma bekannte sich darüber, daß ihr dann jede Möglichkeit genommen wäre, Arbeiter zu entlassen, und ersuchte das Gericht um Aufklärung, wie sie sich zu verhalten habe, um unangenehmen Streit mit den Arbeitern aus dem Wege zu gehen. Das Gewerbegericht ließ sich jedoch durch die Unbedenklichkeit des Beschlusses in Fragen des Arbeiterrechts nicht irremachen, sondern erkannte den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses als berechtigt an.

Diese Entscheidung gegen den Betrieb eines Organs, das für sich den Anspruch erhebt, nur allein die Interessen der Arbeiterschaft richtig und nachdrücklich zu vertreten, ist auch in prinzipieller Hinsicht äußerst interessant, zumal die Redaktion des „Kämpfer“ alle derzeitige Verordnungen als Halbschritte und nicht im Interesse der Arbeiterschaft gefaßt kritisiert und herunberreißt. Es ist geradezu bedauerlich, daß ein beratendes Unternehmen nicht einmal den Betrag von 733 Mk. bezahlen will, und noch bedauerlicher für dasselbe ist es, daß es nicht weiß, daß gegen Urteile des Gewerbegerichts, bis den Wert von 1000 Mk. nicht übersteigen, es ein weiteres Rechtsmittel nicht gibt. Der Vertreter erklärte nämlich, weiterklagen zu wollen.

Die Kaufmannsgerichtswahlen.

Die in Vorbereitung befindlichen Kaufmannsgerichtswahlen werden unter Berücksichtigung der Verordnung der Reichsregierung vom 12. Mai 1920 erfolgen. Darnach sind wahlberechtigt: männliche und weibliche kaufmännische Angestellte, welche das 20. Lebensjahr erreicht haben und nicht ein Einkommen über 15 000 M. beziehen. Wählbar sind jedoch nur männliche Angestellte im Alter von über 30 Jahren.

Mit dieser Verordnung der Reichsregierung sind die langjährigen weitergehenden Wünsche der kaufmännischen Angestellten nicht erfüllt. Durch das Festhalten an einer Gehaltsgrenze wird unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Geldentwertung immer noch sehr vielen kaufmännischen Angestellten die schone und billige Rechtsprechung durch die Kaufmannsgerichte vorenthalten. Im Alter von 25 Jahren kann jeder Deutsche als Reichstagsabgeordneter gewählt werden. Als Kaufmannsgerichtsbeisitzer können aber nur männliche Angestellte fungieren, wenn sie das Alter von 20 Jahren überschritten haben, abgesehen nach Artikel 109 der Reichsverfassung Männer und Frauen grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten haben.

Die Rechtlosigkeit der Hausportiers.

Der Deutsche Portierverband schreibt uns: Höchst Widder von Wahlstatt besitzt am Pariser Platz 2 ein Grundstück, das vom „Invalidentank“. Unter den Linden, verwaltet wird. Der Portier dieses Hauses erlaubte sich nun, Verzählung nach dem für die Wohnhäuser abgeschlossenen Tarifvertrag (allgemeinverbindlich seit 15. 10. 19) zu fordern. Der Erfolg war prompte Kündigung, trotz vierjähriger einmündiger Tätigkeit. Der Betroffene ruft den Schlichtungsausschuß an und läßt sich in zwei Instanzen befähigen, daß er tarifmäßige Entlohnung zu erhalten habe und die Kündigung unrichtig sei. Nebenher klagt der Invalidentank auf Räumung der Wohnung und bringt vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte mit der Klage durch.

Die allgemeine Bekanntheit ist Arbeitsstelle und Wohnung im Portierberuf untrennbar miteinander verbunden. Wenn nun der Schlichtungsausschuß entschieden hat, daß das Arbeitsverhältnis fortbesteht, weil Gründe zu seiner Kündigung nicht vorliegen haben, sollte man annehmen, das Amtsgericht würde sich diesem Urteil nicht verschließen und die Klage auf Räumung der Dienstwohnung kostenpflichtig abweisen. Aber weit gefehlt.

Wir fragen: Ist es der Wille des höchsten Richters von Wahlstatt in diesem speziellen Falle, daß der Portier seines Hauses, welcher nachweislich seine Funktionen tadellos ausführte, durch den Invalidentank aufs Pflaster geworfen wird, nur weil er die in unserem Beruf übliche Entlohnung verlangt?

Wir fordern, daß die Richter bei derartigen Klagenentscheidungen endlich beweisen, daß wir in einem Rechtsstaate leben und nicht das Gefühl in uns auskommen lassen, als wären wir Menschen minderer Qualität.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Donnerstag, 12. August, vorm. 10 Uhr, Mittelbergsammlung der Sektion III — Café an der Ecke am Oranienburger Tor. Tagesordnung: Die Sabotage der Unternehmer in unserem Beruf.

Parteinachrichten.

Fortschritte der Partei.

Der Sozialdemokratische Verein Groß-Frankfurt hielt dieser Tage seine Generalversammlung ab, in der der Genosse Brodmis mitteilte, daß die Mitgliederzahl des Vereins nunmehr das zwölfte Tausend überschritten habe. Es wurden in der Besprechung Wünsche auf Räumung einer Berufsstatistik der Mitglieder vorgebracht.

Nach einem Vortrag des Abg. Kaiser-Frankfurt über die Tätigkeit des Reichstags und einer langen Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die Parteiverammlung erachtet die Forderung, sofort nach dem Zusammentritt des Reichstags die schnellste Einbringung und Annahme des Gesetzes über den Volkserwerb entsprechend den Versprechungen der Reichsverfassung mit allem Nachdruck zu fördern.“

Wirtschaft

Reaktionäre Haltung der Konsumgenossenschaften?

In Stuttgart fand eine Konferenz der Konsumvereine, betriebsräte statt, in der nach der „Roten Fahne“ folgenden Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die Konferenz erklärt, mit den Beschlüssen der diesjährigen Konsumvereinstagungen auf Beseitigung der Zwangswirtschaft zwecks Rückkehr zum freien Handel nicht einverstanden zu sein. Auch die Horgburger Entscheidung, die systematische Wirtshaus, ist gerade das Gegenteil von dem, was die Massen der Konsumvereinsmitglieder durch ihre Parteien (S. P. D., U. S. P. und A. P. D.) sowohl als auch durch ihre Gewerkschaften fordern, nämlich die Durchführung einer planmäßigen sozialistischen Bedarfswirtschaft. Eine Wirtschaftspolitik, die grundsätzlich erst die Anarchie krankhafter Konkurrenz zurückdrängt, ist nicht sozialistisch, sondern kapitalistisch. Eine derartige Gegenfähigkeit ist nur möglich durch eine völlige Entzweiung der Leitung der Konsumvereine von den Massen, die die eigentlichen Träger der Konsumvereinsbewegung sind. Wir verlangen und beantragen in unserer Eigenschaft als Mitglieder der Konsumvereine, sowohl wie auch als Betriebsräte zwecks einheitlicher Stellungnahme der Konsumvereine mit den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden zu der gegenwärtigen Ernährungsnotlage die sofortige Enderhebung außerordentlicher Generalversammlungen der einzelnen Konsumvereine. Das Ziel der Konsumvereinsbewegung muß die sozialistische Neuordnung des Wirtschaftslebens im Sinne planmäßiger, genossenschaftlicher Bedarfswirtschaft sein. Die gesamte Lebensmittelerzeugung, -verteilung, -verteilung ist durch ein Wirtschaftssystem, dessen Träger die Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften sein müssen, sicherzustellen.“

Der in dieser Resolution zum Ausdruck gebrachte Standpunkt übertrifft, daß unter der völlig durchsichtigen und unheilbaren Zwangswirtschaft gerade die Konsumvereine, die keine Schiebergeschäfte machen können, am allerhöchsten gelitten haben, weil ihre Mitglieder in dem Einzelhandel mehr kaufen können als im Konsum, der streng nach den Gesetzen verfahren muß. Große Demonstrationen zugunsten der Konsumvereine, um immer mehr die Aufmerksamkeit auf sie zu lenken und ihre Bedeutung als Mittel zur Herstellung einer Bedarfswirtschaft hervorzuheben, erscheinen uns wichtiger und zweckmäßiger als der Kampf gegen Windmühlenspiele. An die Stelle der Zwangswirtschaft muß die organisierte sozialistische Wirtschaft gestellt werden. Statt gegen ihre Geschäftsführer diesen unfruchtbaren Kampf zu eröffnen, sollten die Betriebsräte die Propaganda nach außen für die Konsumvereinsbewegung mit dem größten Eifer betreiben.

Deutsches Kapital in Italien.

Nach den amtlichen italienischen Feststellungen war bei Eintritt Italiens in den Weltkrieg (Mai 1915) in 67 italienischen Handels- und Aktiengesellschaften überwiegend deutsches Kapital investiert. In erster Reihe standen die hydroelektrischen Apparate, von denen 17 von Deutschen geleitet wurden, sowie die Bergwerke und Transportgesellschaften, von denen je 11 bzw. 9 von deutschem Kapital beherreht waren. Ueber den Wert des deutschen Eigentums in Italien wurden dann im

Laufe der Zeit sehr eingehende Erhebungen angestellt. Das hierzu beauftragte „Comitato per il commercio col subitri nemici“ beim Handelsministerium in Rom stellte am 20. März 1917 als Gesamtwert des von 418 deutschen Firmen und Privatpersonen in Italien zurückgelassenen Eigentums 612 885 500 Lire fest. Ueber die neuesten Resultate der weiter fortgesetzten Erhebungen ist amtlich nichts bekannt geworden.

Fortschreitende Amerikanisierung unserer Industrie. Der Scheidemann- und Konzern, der namentlich in Westeuropa durch die Kriegskriegsliquidationen usw. seine für das ausländische Geschäft ausgebauten Stützpunkte verloren hat, hat nach der „Hess. Sta.“ Vereinbarungen mit einer starken internationalen Gruppe seiner Branche zur Wiederherstellung seiner Kapitalstruktur getroffen. Die Gegenleistungen ergeben sich aus der Aufbarmachung des technischen Fortschritts der Scheidemann- und Konzern für die fremden Werke und außerdem dadurch, daß die Aktien-Gesellschaft für chemische Produkte vorm. Scheidemann in Berlin, der ausländischen Gruppe 5 Millionen Mark neue eigene Aktien gegen Verabreichung überläßt. Die Aktien sollen von der ausländischen Gruppe, die unter Führung der American Blue Company in Vorkon steht, zu einem dem ungefähren Tagespreis nahekommenen Kurse fest übernommen werden.

Bereinigte Deutsche Aktiennetze Akt.-Ges. Fabrikationsgewinn 6 723 692 M. (i. V. 2 542 800). Der Ueberfluß beträgt 5 362 536 M. (2 847 707) und ermöglicht eine Dividendenzahlung von wieder 22 Prozent auf das erhöhte Aktienkapital.

Preisüberhöhung für Schrauben. Die Handelschraubenvereinigung beschloß, vom 10. August ab ihre Preise für die verschiedenen Sorten um 7—10 Prozent zu erhöhen.

Der Sägewerksverband für Westfalen setzte die Schnittpreispreise um weitere 20 Prozent herab.

Fortschreitende Konzentration. Die Engelhardt-Brauerei A.-G. in Berlin beabsichtigt, sich die Vereinigte St. Georgen- und Feldschlößchen-Brauerei A.-G. in Sangerhausen anzuschließen. Erst kürzlich hatte die Engelhardt-Brauerei die Verschmelzung mit der Dortmunder Westfalen-Brauerei vorgenommen, und im vorigen Jahre waren verschiedene andere Provinzbrauereien, u. a. die Gollische Aktien-Bierbrauerei in Halle a. S., mit ihr vereinigt worden.

Depotzwang. Zur Einlösung von Zins- und Dividendenansprüchen müssen Wertpapiere vom Besitzer entweder beim Finanzamt angemeldet oder bei Banken bzw. Bankiers hinterlegt sein. Wegen der Aufrechterhaltung dieses sogenannten Depotzwanges richtet sich eine Anfrage von Mitgliedern der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die in der beigesetzten Begründung geltend machen, daß die Anordnung angefallen der mit ihr verbundenen Schwierigkeiten, ihrer nachteiligen und im Endergebnis unbedeutenden Wirkungen sich auf die Dauer nicht rechtfertigen lassen: „Die Schwierigkeiten für Bank und Publikum, die bis heute nicht überwunden sind und auch in absehbarer Zeit sich nicht überwinden lassen, bergen auch erhebliche vermögensrechtliche Gefahren für Wertpapierbesitzer wie für Banken in sich. Der Depotzwang hat auch das Bankgeschäft in nicht unerheblichem Umfang von den kleinen und mittleren Bankiers, gegen deren Zuverlässigkeit nicht das geringste einzuwenden, die in ihrer Existenzmöglichkeit zu erhalten auch eine Staatsaufgabe ist, den Großbanken zugeführt. Auf der anderen Seite sind die Vorteile, die man sich für eine richtige steuerliche Erfassung von Vermögen und Einkommen aus jenen Maßnahmen erhoffen hat, verhältnismäßig gering, da eine vollständige Nachprüfung der Steuererklärungen unter Inanspruchnahme des bei den Banken zu haltenden Materials doch unmöglich ist.“

Solange wir keine Gemeinwirtschaft, sondern die freie kapitalistische Wirtschaft haben, werden auch nur diejenigen die richtigen Steuern zahlen, die aus Arbeit gegen Lohn oder Gehalt ihr Einkommen beziehen. Alle Geldgewinner aus Handel und Gewerbe und den in ihnen liegenden Spekulationsmöglichkeiten werden mehr oder weniger den Steuerfiskus prellen. Wie lange wird das noch gehen können?

Preisüberhöhung für Träger. Bei der Herabsetzung der Preise für Träger auf 249,60 M. handelt es sich nicht um den neuen Lagerpreis, sondern um den vom Eisenwirtschaftsbund festgesetzten Höchstgrundpreis für direkte Werklieferungen an die Kundschaft.

Sport.

Der Arbeiter-Wassersportverband, Kreis I, hält am Donnerstag, den 12. d. M., wieder seine Kreis-Wasser-Ball-Turnier im Einzelbecken abends 7 1/2 Uhr ab. Es spielen folgende Mannschaften: V. S. C. Freiheit - Neptun Lichtentberg, Fr. Schw. Neuhäfen - V. S. C. Welle, V. S. Union - Fr. Schw. Charlottenburg, Fr. Schw. Nordens Neptun Weihenfer. Anfragen sind zu richten an D. de Hebe, Berlin N 87, Oberberger Str. 2 II.

Aus aller Welt.

10 Bauerngehöfte verbrannt.

Raburg, 10. August. In Ostwind sind am Montagmittag 10 Bauerngehöfte vollständig, 3 Gehöfte bis auf die Wohnhäuser niedergebrannt. Reiche Ernteverräte sind mitverbrannt.

Ruhr epidemien.

Dortmund, 9. August. In Dortmund sind seit Mitte Juli 600 Ruhrerkrankungen amtlich gemeldet worden, wovon 96 tödlich verlaufen. In der Woche vom 1. bis 7. August sind 270 Ruhrerkrankungen gemeldet worden.

Strassau, 10. August. (All.) Hier tritt die Ruhr epidemisch auf. In den letzten Tagen gab es durchschnittlich 50 Todesfälle.

Verantwortlich für den reaktionären Teil: H. Deppe-Berndt; für Anzeigen: H. Gluck, Berlin. Verlag: Fortwärtiger Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärtiger-Verlag u. Verlagsanstalt Gust. Götter u. Co., Berlin. Abdruck: 3.

Kasten-, Leiterwagen

Elektro-Motore

Verkaufe

Möbel. Möbel-Ges., Große Frankfurterstraße 14. Junolden-Arbeits- u. abt. Ledermann Arbeit. Große Auswahl in 1-3-Stüben - Einrichtungen, bunten Möbeln, einzelnen Möbeln. 155.
Möbelpreise lebhaft ergründet. Solange Vorrat: Einzimmer und Küche 2190,-, Zweizimmer und Küche 4250,-, Komplette Einzimmer 3500,-, Heranzimmer 3600,-, Speisezimmer 4500,-, Esszimmer 4500,-, Möbel, Heranzimmer 55, Heranzimmer 55, Heranzimmer 55.
Gebäudeversteigerung. Einzimmer 3750, Schalmier 3200, Heranzimmer 3500, Küche 650, Sofahaus 250, Heranzimmer und Küche 4250, Komplette Einzimmer 3500, Heranzimmer 3600, Speisezimmer 4500, Esszimmer 4500, Möbel, Heranzimmer 55, Heranzimmer 55, Heranzimmer 55.
Verkauf. Einzimmer 3750, Schalmier 3200, Heranzimmer 3500, Küche 650, Sofahaus 250, Heranzimmer und Küche 4250, Komplette Einzimmer 3500, Heranzimmer 3600, Speisezimmer 4500, Esszimmer 4500, Möbel, Heranzimmer 55, Heranzimmer 55, Heranzimmer 55.

Chalchongues 200.- bis 300.-

Einzimmer

Damenkleider

Einzimmer

Zimmer

Einzimmer

Kaufgesuche

Einzimmer

Einzimmer

Einzimmer

Einzimmer

Einzimmer

Unterrichten

Verschiedenes

Einzimmer